



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stöhr, Chr.: Wirtschaftliche Umschau

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nicht zur Verfügung stellen, und deshalb bleibt die Heranziehung der Angelfachsen unumgänglich.

Wohin die Unbekümmertheit der Siegermächte ein unglückliches Volk treiben kann, das ergeben die trostlosen Zustände in Osterreich. Der tüchtige Ministerpräsident *Schöber* ist gestürzt worden, hat aber die Regierung wieder übernommen, was die beste Lösung der Krise darstellt. Der in der Not geschlossene Vertrag von Tana war freilich ein sehr bedenklicher Schritt, der Osterreich dem tschechischen Imperialismus ausliefern kann. Auch der Kredit, den England in Aussicht stellt, bedeutet keine dauernde Abhilfe: Ebenso wie die deutsche Entschädigungsleistung nur in durchgreifender Weise, nicht auf kurze Frist, behandelt werden kann, vermag Osterreich allein der Anschluß an das Deutsche Reich zu helfen, der national wie wirtschaftlich naturnotwendig ist, nachdem die Entente selber das alte Osterreich zertrümmert und ein lebensunfähiges Staatsgebilde wie Deutsch-Osterreich künstlich geschaffen hat.

O. G. von Wesendonk

Wirtschaftliche Umschau

Von Chr. Stöhr, Berlin

Ohne dabei zu vergessen, daß bei Beurteilung der komplizierten, von vielen Faktoren beeinflussten wirtschaftlichen Erscheinungen und Verhältnisse der „Absolutismus der Lösungen“ ausgeschlossen ist, kann man doch im Hinblick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands feststellen, daß sie ausschlaggebend von zwei nach entgegengesetzten Richtungen ziehenden Kräftegruppen bestimmt wird, deren eine sich als die französische, die andere als die anglo-amerikanische Auffassung von der künftigen Gestaltung der Welt darstellt. Während die angelsächsische Gruppe schon offiziell die Überzeugung vertritt, daß die unbefriedigende Wirtschaftslage aller Völker nur durch schnelle Wiederherstellung der früheren weltwirtschaftlichen Beziehungen von Land zu Land zu bannen ist, daß der Versailler Vertrag und seine Ausführungsbestimmungen in den Teilen, welche sich als schwere Hemmnungen der wirtschaftlichen Gesundung der besiegten Völker entgegenstellen, einer neuen Interpretation bedürfen, besteht die französische Gruppe aus anscheinend rein politischen Gründen gegenwärtig wieder starr auf den Friedensvertrag. Die Resultate dieser beiden Kräfte ist für die jeweilige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands von so

einschneidender Bedeutung, daß die übrigen gestaltenden Faktoren (die deutsche Wirtschaftspolitik z. B.) an Einfluß ganz wesentlich verlieren müssen. Sie ist auch eine der Hauptbestimmungsgründe für den Preis des deutschen Geldes im Auslande geworden, dessen wirtschaftliche Entstehungsurfachen während des Krieges und später nur ganz schwach funktionieren konnten, und der längst das Produkt eines kaum zu entwirrenden Knäuels von Faktoren politischer, finanzieller, wirtschaftlicher und psychologischer Art geworden ist, welche dauernd zugleich mitwirkend sich im Hinblick auf ihre Bedeutung oft und schnell umgruppieren, von denen aber die politischen die weitaus vornehmsten sind.

Die Ausführungen des englischen Professors Keynes in seinem neuen Buche „A Revision of the Treaty“, nach denen in den „inneren Zirkeln“ der Entente über die Unerfüllbarkeit des Londoner Ultimatus nicht der geringste Zweifel besteht, beträchtigen, was man in Deutschland längst wußte, daß nämlich eine deutsche Erklärung der völligen Zahlungsunfähigkeit besonders der französischen Politik wegen der damit gebotenen Gelegenheit zu neuen Maßnahmen nicht unsympathisch gewesen wäre. Es hat dem „rechtsdrehenden statischen Moment“, der englischen Politik, welche

erkannt hat, daß Deutschlands Not auch diejenige Englands ist, große Mühe gekostet, in Cannes eine vorläufige Erledigung des Reparationsproblems herbeizuführen. Gegenwärtig bahnt sich wieder ein neuer Gleichgewichtszustand an zwischen den beiden Kräften, die Deutschlands Schicksal bestimmen. Die von Poincaré geführte französische Politik hat fester als je ihr Ziel der politischen und wirtschaftlichen Hegemonie in Europa ins Auge gefaßt, und deutlicher als je sind aus den Reden der englischen und amerikanischen Staatsmänner die Gegenläufe zu ihrem Bundesgenossen hervorgetreten. Bei der bekannten Energie des neuen Chefs der französischen Regierung darf man sich auf unerbittliche Überraschungen vorbereiten; auf die Dauer wird sich Frankreich aber der Politik seiner Gegenspieler, welche zugleich die Bedürfnisse der weitaus größten Zahl der Volkswirtschaften vertritt, nicht widersetzen können.

Die Abmachungen von Cannes stellen den bisher letzten formulierten Status des Kräfteverhältnisses zwischen dem links- und dem rechtsdrehenden statischen Moment dar und haben für das auf der schiefen Ebene hin- und hergezogene Deutschland vorläufig eine neue Gleichgewichtslage geschaffen, der Rechnung zu tragen für das deutsche Volk die Hauptfrage des Tages ist. Ob nach Beendigung des Provisoriums endlich das gesamte Reparationsproblem einer Lösung zugeführt werden soll, ist völlig unbestimmt und wenig wahrscheinlich. Was die in Cannes festgesetzten regelmäßigen deutschen Zahlungen von 31 Millionen Goldmark je Dekade angeht, so hat es den Anschein, als ob sie zunächst noch ohne große Erschütterungen des Devisenmarktes geleistet werden können. Die Erfüllung der übrigen Bedingungen von Cannes, Ausbalanzierung des Budgets und Einschränkung des Notenumlaufes, wird aber aller Steuerwilligkeit zum Trotz so lange unmöglich sein, bis die von außen kommenden Ursachen der dauernden Schwankungen der Rechnungseinheit, der Reichsmark, abgestellt werden. Der deutsche Etat für das Jahr 1922 schließt mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 224 331 Milliarden Mark. Der ordentliche Haushalt ergibt 18 Milliarden Mark Überschuß, die zur Reparation verwandt werden sollen, im außerordentlichen Haushalt sind 3,1 Milliarden Zuschuß erforderlich, die Betriebsverwaltungen weisen 11 015 Mark Fehlbetrag auf. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind 228 196 Milliarden Mark vorgesehen, von denen bisher nur

18 Milliarden gedeckt sind. Nach schwierigen Verhandlungen mit den Parteien hat die Regierung das Recht erhalten, von den deutschen Erwerbskräften in Form einer Zwangsanleihe 1 Milliarde Goldmark (etwa 45—50 Milliarden Mark) zu erheben. Aus dieser Summe soll in erster Linie der außerordentliche Etat balanziert und der Hauptteil (also etwa 42—43 Milliarden Mark) dem Reparationshaushalt zugeschrieben werden, die dann immer noch fehlende Summe von etwa 180 Milliarden Mark hofft die Regierung aus den neuen Steuern zu gewinnen, die möglichst bald vom Reichstage verabschiedet werden sollen. Die Betriebsverwaltungen erhalten nichts aus der Zwangsanleihe, sondern sollen sich durch geeignete Maßnahmen selbst rentabel machen. — Um die unbegrenzte Ausgabe neuer Noten einzuschränken und die Finanzverwaltung zu zwingen, die Deckung des Finanzbedarfes ausschließlich in Steuern zu suchen, soll das Verhältnis der deutschen Reichsbank zur Regierung auf eine neue Grundlage gestellt werden, insbesondere soll die Reichsbank von der Verpflichtung befreit werden, die Reichsschatzwechsel ohne Einschränkung gegen Noten anzunehmen. Um einer englischen Forderung nach Erhöhung der Produktionskosten in Deutschland nachzukommen, müssen die Tarife der Eisenbahn und der Post sowie die Preise für Kohlen und Getreide bedeutend heraufgesetzt werden, wodurch dem deutschen Volke die Lebenshaltung immer mehr verteuert wird. Die deutsche Einfuhr, besonders die von Lebensmitteln, geht der Menge nach seit drei Monaten stark zurück, während die Einfuhrwerte steigen, die Ausfuhr ist nach Menge und Wert ein wenig gestiegen, so daß sich für den Monat Dezember dem Werte nach ein kleiner Ausfuhr-, der Menge nach ein Einfuhrüberschuß von 1,6 Millionen Doppelzentner ergibt. Trotzdem bleibt die Handels- und die Zahlungsbilanz für 1921 hoffnungslos passiv. Wie unter diesen Umständen der Ausgabe neuer Noten Einhalt geboten werden soll, ist schwer zu sagen. Der Wert der deutschen Zahlungsmittel am Dollar gemessen, der sich nach dem Rücktritt Briand's (in Gemeinschaft mit dem des Franken) ziemlich scharf gesenkt hatte, schwankt jetzt hin und her. Die Ablehnung der Einladung nach Genua, sowie die Tatsache, daß sich in New York der Wert der europäischen Valuten fast immer in gleicher Richtung verändert, beweist von neuem, daß man in den Vereinigten Staaten die europäische Frage jetzt als ein Ganzes und nicht unter dem Gesichtspunkt einzelner Staaten ansieht.